

GBH mobilisiert für neue Immigrations-Politik

Autor(en): **Pedrina, Vasco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1990)**

Heft 11: **SGB-Kongress 1990**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584117>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



GBH

MOBILISIERT FÜR NEUE IMMIGRATIONS-POLITIK

von Vasco Pedrina

KEINE EINIGKEIT MIT DEN UNTERNEHMERN

Im Hinblick auf die Verhandlungen zwischen EG und EFTA über die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) haben sowohl der SGB wie auch die Arbeitgeberverbände neue Stellungnahmen zur Ausländerpolitik veröffentlicht (vgl. Dokumententeil in diesem Heft). Die Medien haben dazu vor allem die Gemeinsamkeiten der beiden Stellungnahmen hervorgehoben, welche es bezüglich dem Status der stabilen ausländischen Bevölkerung (Bewilligung B und C) effektiv gibt. Die Differenzen zwischen der Gewerkschafts- und der Arbeitgeber-Position bleiben jedoch grundlegend sowohl bezüglich GrenzgängerInnen, Saisoniers wie auch KurzaufenthalterInnen: Die Unternehmer verlangen einen völlig unbegrenzten Zugang der GrenzgängerInnen und einen

Kurzaufenthalts-Status der eine völlige soziale Deregulierung bedeutet. Das Saisonier-Statut wollen sie nicht nur wie gehabt aufrechterhalten, ja es soll sogar das Recht auf Umwandlung zur Jahresaufenthalts-Bewilligung aufgehoben werden!

KRITIKEN IN EIGENEN REIHEN

Angesichts dieser Differenzen zwischen Arbeitgeber- und SGB-Positionen wurde deren Präsentation an einer gemeinsamen Pressekonferenz von mehreren Seiten, gerade auch in der GBH, kritisiert. Dies ist verständlich. Die bedeutendsten Kritiken wurden jedoch am Kompromissvorschlag des SGB zur Lösung des Saisonier-Problems geäußert: Dabei wird weniger die Notwendigkeit eines Übergangskompromisses bestritten, der angesichts der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse notwendig ist. Die

beiden Hauptkritiken (v.a. von seiten von immigrierten KollegInnen) betreffen:

Das vom SGB vorgeschlagene neue Saisonierstatut für die Bergregionen sieht zwar neue Rechte vor (Familiennachzug, Arbeitsplatzwechsel), hebt jedoch das Recht zur Umwandlung in eine Jahresaufenthalter-Bewilligung auf. Die Saisoniers könnten nur JahresaufenthalterInnen werden, wenn ein Arbeitgeber sie für eine entsprechende Stelle anstellt, was oft theoretisch bleibt.

Eine solche Lösung wäre vielleicht als Übergangskompromiss am Ende einer Ausmarchung zu schlucken. Sie selbst in der jetzigen Phase der Diskussion vorzuschlagen heisst, den Weg öffnen für einen schliesslich noch schlechteren «Kompromiss des Kompromisses». Die Arbeitgeber haben hier mit ihrer provokativen Position anders taktiert, nach der Devise: «150% fordern, um 100% zu erreichen.»

OHNE MOBILISIERUNG NICHTS ZU HABEN

Nach 20 Jahren Stillstand hat die Perspektive der EG 92 eine Türe geöffnet für Veränderungen in der Immigrations-Politik. Aber es ist offensichtlich, dass dieser Prozess nicht automatisch Verbesserungen für die ImmigrantInnen bringen wird: Nachdem bereits mehr oder weniger klar ist, dass der Schweiz in den Verhandlungen in Brüssel eine erste Ausnahme bezüglich der quantitativen Plafonierung der ImmigrantInnen gewährt wird, wollen die Schweizer Unterhändler nun nicht ohne Erfolgchancen eine zweite Ausnahme durchbringen: Die Aufrechterhaltung des Verbots von Familiennachzug für Saisoniers soll mit finanziellen Konzessionen erkauf werden (Fonds für Berufsbildung; Arbeitslosengeld für die tote Saison).

Die Chance zu positiven Veränderungen dank europäischer Integration droht also zu

neuen Formen der Ausbeutung zu verkommen, wenn nicht in der Schweiz von unten her ein Kräfteverhältnis geschaffen wird. Aus diesem Grunde hat die GBH beschlossen, für den 15. September 1990 eine grosse nationale Kundgebung auf dem Bundesplatz anzureissen. Diese soll begleitet sein durch eine

Informations- und Sensibilisierungskampagne. Die GBH hofft, dass möglichst viele Organisationen der Immigration, der Gewerkschaftsbewegung sowie aus sozialen und politischen Bewegungen diese Mobilisierung unterstützen. Dabei werden v.a. folgende Forderungen im Zentrum stehen:

- **Abschaffung, nicht Verschlechterung des Saisonier-Statut**
- **Mehr soziale Rechte; Aufhebung der Tiefstlohngruppe**
- **Politische Rechte: Ermöglichung der Doppelbürgerschaft; Stimm- und Wahlrecht für ImmigrantInnen auf kommunaler und kantonaler Ebene**
- **Gegen den Rassismus, für eine multi-kulturelle und multi-ethnische Solidarität**

